



NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 37

26. November 2007

Inhalt

▪ Seite 1

- Gewalt zu Francos Todestag

▪ Seite 2

- Kirche räumt Fehler im spanischen Bürgerkrieg ein
- Mas lässt Tür für katalanische Unabhängigkeit offen

▪ Seite 3

- Leitantrag zur Steuerreform auf dem PP-Sonderparteitag beschlossen

▪ Seite 4

- Zapatero bürgerte deutlich mehr Immigranten ein als Vorgängerregierung
- Umfrage sagt Kopf-an-Kopf-Rennen von PSOE und PP voraus
- Spanien beim Kinderschutz unter EU-Durchschnitt

▪ Seite 5

- Spanien beim Drogenkonsum an der EU-Spitze
- Spanien und Portugal weit von den Vorgaben des Kyoto-Protokolls entfernt
- Barroso: „Aznar hat mich zum Irak-Krieg gedrängt“

Newsletter aus Madrid

>> Gewalt zu Francos Todestag

Wie jedes Jahr war der gemeinsame Todestag des ehemaligen Diktators Francisco Franco und von Falange-Gründer José Antonio Primo de Rivera am 20. November („20-N“) auch in diesem Jahr wieder Schauplatz für Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. José Antonio Primo de Rivera war am 20. November 1936 von Republikanern erschossen worden, Franco starb am selben Datum im Jahr 1975 eines natürlichen Todes.

Dieses Jahr hatte das Gedenken an den 20-N dabei eine Besonderheit: Wohl zum letz-



ten Mal fand ein Aufmarsch alter Franco-Anhänger im „Tal der Gefallenen“ (Foto) in der Nähe von Madrid statt. In einer monumentalen Basilika liegt Franco dort neben José Antonio Primo de Rivera begraben. Das neue, von der Zapatero-Regierung verabschiedete „Gesetz zur historischen Erinnerung“, verbietet künftig jegliche politisch motivierte Aufmärsche im „Tal der Gefallenen“. Szenen wie in dieser Woche, als rechtsextreme und rassistische Kleinstparteien und Bewegungen wie „Nationale Front“, „Nationale Allianz“ oder „Nationale Demokratie“ nächtliche Fackelläufe zum Franco-Grab in faschistischer Tradition organisierten, werden künftig wohl der Vergangenheit angehören. Die über 1.000 Franco-Anhänger trugen dabei Flaggen des Spaniens vor der Verfassung von 1978 (Bild). Bei einer Gedenkmesse für die im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939)



Gefallenen kam es zu den typischen „Viva Franco“ und „Arriba España“-Rufen und zu Kranzniederlegungen am Grab des ehemaligen Diktators. Carmen Franco, Tochter des selbsternannten „Caudillos Gottes und Spaniens“ und Leiterin der Franco-Gedenkstätte „Fundación Nacional Fran-

cisco Franco“, nahm an den Veranstaltungen teil. Auch in Madrid und anderen Städten fanden frankistische Straßendemonstrationen statt.

Vor dem Hintergrund des 20-N und der rechten Aufmärsche kam es in den letzten Tagen auch zu teilweise gewalttätigen Protesten antifaschistischer Gruppen. Wenige Tage vor dem 20-N wurde dabei in Madrid ein 16-jähriger Anhänger einer antifaschistischen Bewegung von einem Militärangehörigen im Zivil getötet, der nach Zeitungsberichten vermeintlich der rechtsextremen Szene angehört. Daraufhin kam es in Barcelona zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen linksextremen Gruppen und der



katalanischen Polizeieinheit „Mossos d'Esquadra“. Sieben Linksextremisten wurden dabei verhaftet und zehn Polizisten sowie mehrere Demonstranten

verletzt.

Nach Polizeiangaben werden in Spanien ca. 10.000 Ultrarechte und Neonazis vermutet, die jedoch nicht sehr effizient organisiert sind. Allein in der Region Madrid sollen ca. 1.200 Rechtsextremisten aktiv sein. Polizeiangaben zufolge gab es allein im Jahr 2006 ca. 4.000 Straftaten mit rassistischen bzw. rechtsextremen Hintergrund. Allein in Madrid wurden dieses Jahr 64 Personen verhaftet, die an 59 rechtsextremen Straftaten beteiligt gewesen sein sollen.

Nach Angaben der Tageszeitung „El País“ besteht sogar der Verdacht, dass ultraschistische Gruppen aus den USA (so der Ku Klux Klan oder die NAAWP - National Association for the Advancement of White People) Kontakte zur spanischen rechten Szene haben sollen. Dieser Verdacht wird dadurch erhärtet, dass der jüdenfeindliche ehemalige Ku-Klux-Klan-Führer und frühere US-amerikanische Abgeordnete aus Louisiana, David Duke, in der letzten Woche durch Spanien tourte.



Konrad
Adenauer
Stiftung

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 37 |

26. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Die konservative spanische Volkspartei (PP) reagierte auf die neuerlichen Diskussionen mit dem Einbringen eines parlamentarischen Antrags zum Verbot von gewaltbereiten Gruppen jeglicher Couleur. In dem Ant-



tagsentwurf fordert die PP die Regierung auf, noch vor

den Wahlen 2008 das Verbot "aller Organisationen, die den Hass, den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit fördern sowie gegen die verfassungsmäßigen Werte arbeiten", in die Wege zu leiten. Gleichzeitig soll ein eigener Sonderermittler für "ideologisch motivierte Gewalt" eingerichtet werden.

Unterdessen sorgte auch ein von der sozialistischen Regionalregierung Andalusiens subventioniertes Videospiel zum Spanischen Bürgerkrieg für Aufregung. Darin ist es für den Spieler möglich, eine der beiden Kriegsparteien zu „übernehmen“ und den Ausgang des Krieges und seiner emblematischen Schlachten, wie etwa der mit Hilfe der deutschen Wehrmacht erfolgten Bombardierung des baskischen Stadt Guernika, zu entscheiden. In Internetforen kommentierten Jugendliche das Spiel mit Bemerkungen wie: „Es ist wunderbar, Faschisten zu töten“ oder „Ich habe es mir gekauft, um Scheiß-Rote zu töten“.

>> Kirche räumt Fehler im spanischen Bürgerkrieg ein

Der Vorsitzende der spanischen Bischofskonferenz und Bischof von Bilbao, Ricardo



Blázquez (Foto), hat bei der Eröffnung der Vollversammlung der Spanischen Bischofskonferenz die Spanier und die Kirche zur Bereitschaft aufge-

fordert, „um Vergebung“ für „Fehler“ während des Spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) zu bitten. Der Bischof aus dem Baskenland erklärte, es gebe zwar in vielen Fällen Grund dafür, Gott für historische Ereignisse zu danken, gleichzeitig gebe es jedoch auch andere Momente, in denen es notwendig sei, sich „umzuorientieren“ und für „konkrete Taten“ um „Vergabung zu bitten“. Gleichzeitig erklärte Blázquez, es sei wichtig, „vollständiges Licht“ in die Vergangenheit zu bringen, um zu sehen, „was geschah, wie es geschah, warum es geschah und welche Konsequenzen es mit sich brachte“. Gleichzeitig solle man sich vor

vorschnellen Verurteilungen hüten und „den Kopf neigen“ vor denen, „die ehrlich für die Freiheit der Unterdrückten und die Solidarität unter den Menschen“ kämpften.

Diese Aussagen haben eine große politische Bedeutung. Nach Angaben der katalanischen Zeitung „La Vanguardia“ ist dies das erste Mal, dass die spanische Kirche eigene



Fehlritte in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg öffentlich einräumt. Die Äußerungen des Bischofs stießen mehrheitlich

auf Zustimmung in der Öffentlichkeit. Auch die sozialistische Regierung lobte die „ehrlichen“ und „wichtigen“ Worte des Bischofs. Die konservative Tageszeitung „ABC“ bemerkte, der Aufruf des Bischofs zu „Mäßigung und Einigung“ sei ein wichtiges Signal für das polarisierte und politisch aufgeladene derzeitige Spanien.

>> Mas lässt Tür für katalanische Unabhängigkeit offen

Der CiU-Vorsitzende Artur Mas (CDC) hat in Barcelona sein umstrittenes Projekt der "Neugründung des Katalanismus" vorgestellt. Vor rund 2.000 Menschen forderte er ein "Recht" der Katalanen ein, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden. Bei der Veranstaltung unter dem Titel: "Der Katalanismus - Energie und Hoffnung für ein besse-



res Land" forderte Mas (Foto), Katalonien müsse den Status einer

"vollständigen Nation" erreichen und die "Abhängigkeit von Spanien" brechen. Es sei durchaus möglich, dass das "Recht auf freie Entscheidung" Kataloniens mit dem gesetzlichen Rahmen Spaniens in Konflikt trete. Jedoch seien es die „Gesetze, die im Dienste der Demokratie“ stünden und nicht umgekehrt. Und ein „Recht auf Entscheidung“ sei nichts anderes als "Demokratie in Reinform".

Mit seinen Ideen nähert sich Mas den baskischen Rufen nach einem "Recht auf Entscheidung" über die Unabhängigkeit von Spanien an, wie sie besonders von Regionalpräsident Juan José Ibarretxe vertreten werden. Das Wort der Unabhängigkeit vermied Mas tunlichst, allerdings schwebte es für alle bemerkbar im Raum. Die Zeitung „La Vanguardia“ sprach in einem Leitartikel von einer „produktiven Ambiguität“ der Worte des CiU-Chefs, die dazu geeignet sei,

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 37 |

26. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

sowohl Wähler zu gewinnen, die auf die Unabhängigkeit von Spanien setzen, als auch gemäßigte Bevölkerungsschichten anzusprechen. Die konservative ABC sieht in den Worten Mas´ hingegen die „definitive“ Entscheidung des Politikers für „die radikalste und falscheste“ strategische Ausrichtung.

Wenn auch bereits der langjährige katalanische Regionalpräsident und Parteifreund Artur Mas´, Jordi Pujol (Foto), immer eine gewisse Unschlüssigkeit bezüglich der Frage einer Unabhängigkeit Kataloniens in seinem Diskurs erkennen hatte lassen, bedeuten die Worte Mas´ doch einen weiteren Qualitätssprung. Um dies zu bestätigen, legte der CiU-Vorsitzende einen Tag später nach und erklärte, das „Recht auf Entscheidung“ habe keinen Schlusspunkt und alle Türen, einschließlich der Unabhängigkeit, stünden offen. Gleichzeitig erklärte Mas aber auch, er würde niemals ein Referendum durchführen, welches die katalanische Gesellschaft teilen könnte.

Josep Antoni Duran i Lleida, Vorsitzender der christdemokratischen UDC, markierte einmal mehr Distanz zu seinem Bündnispartner CDC. Zwar nahm er an der Veranstaltung zur „Neugründung des Katalanismus“ teil, erklärte aber, eine „Selbstbestimmung“ Kataloniens dürfe niemals in die politische Unabhängigkeit von Spanien führen.

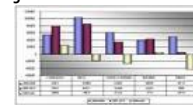
>> Leitantrag zur Steuerreform auf dem PP-Sonderparteitag beschlossen

„Mariano Rajoy hat sich nass gemacht“ kommentierte die konservative Tageszeitung „ABC“ den dreitägigen Sonderparteitag der spanischen Volkspartei am letzten Wochenende. Damit bezog sich die Zeitung vor allem auf die 48-minütige Abschlussrede des Spitzenkandidaten (Foto), in der er nichts weniger als die „größte Steuerreform des demokratischen Spanien“ ankündigte. Herzstück derselben soll die Befreiung aller Spanierinnen und Spanier mit einem Jahreseinkommen von unter 16.000 Euro von den Rentenbeiträgen sein. Die sieben Millionen Menschen in Spanien, für die es „am schwierigsten ist, am Monatsende anzu-

kommen“, würden durch diese Maßnahme finanziell entlastet, so Mariano Rajoy. Auch berufstätige Frauen sollen nach dem Willen der PP in den Genuss zusätzlicher Steuererleichterungen kommen. Zudem will die PP mehr kostenlose Kinderkrippenplätze schaffen. Damit, so der Oppositionsführer, solle deutlich gemacht werden, dass Spanien gleichermaßen „den Beitrag von Männern und von Frauen“ braucht. Es seien weiterhin die Frauen, denen der Zugang zu Arbeit besonders schwer gemacht werde. Dies müsse sich ändern. Im Vergleich zu den Sozialisten, die den Menschen nicht vertrauten und deshalb möglichst viel Geld staatlich umverteilen wollten, setze die PP darauf, den Menschen mehr Geld im Portemonnaie zu belassen.

Auch die Mindestrenten möchte Mariano Rajoy im Falle eines Wahlsieges erhöhen. Ein Fernsehprogramm hatte den PP-Chef vor wenigen Monaten einer Frau gegenübergestellt, die nur 350 Euro im Monat zur Verfügung hat. In seiner Rede erinnerte sich Rajoy an diese Frau und versprach, ihr zu helfen. Eine Gesellschaft, die voran schreitet, müsse auch eine „ständige Anstrengung“ unternehmen, dass niemand „am Wegrand liegen“ bleibe.

Die Offensive Rajoys in der Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik soll auf die gravierenden Probleme vieler Spanier eine Antwort geben. Zwar sind die nominellen Löhne in Spanien in den letzten Jahren konstant gestiegen, die Kaufkraft dieser Einkommen hat sich jedoch zwischen 2004 und 2006 um 1,4 Prozentpunkte - und damit mehr als in jedem anderen EU-Land - verringert.



Gleichzeitig sind seit 2004 die Wohnungspreise um 45 Prozent an-

gestiegen und die durchschnittliche Hypothekenrate von 568 auf 978 Euro pro Monat explodiert. Auch die Inflation hat mit über 3,6 Prozent im Oktober 2007 einen Höchststand erreicht. Die Menschen in Spanien spüren diese Veränderungen schmerzlich im eigenen Geldbeutel. Aus diesem Grund sind finanzielle Entlastungen mit Sicherheit ein Gebiet, auf dem Wählerstimmen gewonnen werden könnten.

Zapateros Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes bezeichnete die Pläne der kon-



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 37 |

26. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

servativen Volkspartei zu Steuererlässen für Geringverdiener unterdessen als „sozialistisches Vorhaben“. Dieses würde die Konjunktur ab, da die Reform mit geschätzten Kosten von 5 bis 22 Mrd. Euro den Haushaltsüberschuss verbräuche. Die PSOE kritisierte die Ankündigungen Rajoy's zudem als „demagogisch“ und „wahlkämpferisch“.

Der CiU-Fraktionschef Josep Antoni Duran i Lleida erklärte, es reiche nicht, nur untere Einkommensschichten zu entlasten. Zur Entlastung der Mittelschicht forderte er deshalb zusätzlich die Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer.



>> Zapatero bürgerte deutlich mehr Immigranten ein als Vorgängerregierung

Die konservative Tageszeitung „ABC“ veröffentlichte Zahlen des der Regierung unterstellten Nationalen Statistikinstituts (INE), wonach allein zwischen 2004 und 2006 mehr als 177.000 Menschen die spanische Staatsangehörigkeit erlangten. In den letzten drei Jahren der Aznar-Regierung hatte diese Zahl demzufolge bei lediglich 82.000 und damit bei weniger als der Hälfte gelegen. Insgesamt kamen mit fast 40.000 die meisten Neu-Spanier zwischen den Jahren 2000 und 2006 aus Ecuador. Damit stammt fast jeder vierte Eingebürgerte aus dem südamerikanischen Land. Die weiteren Plätze belegen in dieser Reihenfolge Kolumbien, Marokko, Peru, die Dominikanische Republik und Argentinien. Während im Jahr 2000 noch lediglich 18.535 Menschen die spanische Staatsangehörigkeit erhielten, waren es sechs Jahre später 66.958, was einem Anstieg von über 350 Prozent entspricht.

>> Umfrage sagt Kopf-an-Kopf-Rennen von PSOE und PP voraus

Erleichterung löste in der Wahlkampfzentrale der PP eine neue Umfrage des regierungsnahen und angesehenen Meinungsforschungsinstitutes „Centro de Investigaciones Sociológicas“ (CIS) hervor. Demnach konnte die PP in der Sonntagsfrage den Abstand zur regierenden PSOE auf 2,3 Prozentpunkte verkürzen und kommt auf 37,4 Prozent. Die PSOE rutscht unter die 40-Prozent-Marke und erreicht



39,7 Prozent. In der letzten CIS-Umfrage vom Juli hatte dieser Abstand noch 3,5 Prozent betragen. Damals hatte die PP 37,0 und die PSOE 40,5 Prozent erreicht. Im direkten Beliebtheitsvergleich liegt Zapatero weiter deutlich vor Rajoy. Allerdings fällt der



Regierungschef auf der Skala von 1 bis 10 mit 4,9 unter den Wert von 5, der im spanischen Schulsystem das Bestehen einer Prüfung bedeutet. Beliebteste Politikerin Spaniens bleibt Zapateros Stellvertreterin María Teresa Fernández de la Vega, die auf 5,23 Punkte kommt. Mariano Rajoy fällt weiter und landet bei 3,75 Punkten. Unbeliebtestes Kabinettsmitglied ist Bauministerin Magdalena Álvarez (3,7). Viele in Spanien hatten besonders nach dem Urteil zu den Terroranschlägen vom 11. März 2004 (11-M) deutlich bessere Werte für die PSOE in der CIS-Umfrage erwartet. Zudem hatte nur wenige Tage zuvor eine von der katalanischen Zeitung „El Periódico“ veröffentlichte Erhebung der PSOE einen Vorsprung von sechs Prozentpunkten vor der konservativen Volkspartei bescheinigt.

Die CIS-Daten, die traditionell eher der PSOE schmeicheln, lassen die reelle Möglichkeit eines PP-Wahlsieges am Horizont erkennen und dürften dem PP-Wahlkampf neuen Schwung verleihen. Interessant ist, dass die Partei in der Sonntagsfrage aufholen kann, während ihr Spitzenkandidat in der persönlichen Wertschätzung weiter abrutscht. Die PP steht deshalb vor der Herausforderung, ihren Kandidaten einerseits besser darzustellen und ihre Strategie andererseits eher auf einen Programm- als auf einen Personenwahlkampf auszurichten.



>> Spanien beim Kinderschutz unter EU-Durchschnitt

In einer Studie der Europäischen Union belegt Spanien beim Thema Kinderschutz nur den zehnten Platz. Insgesamt wurden 19 Staaten untersucht. Demnach sterben in Spanien 14,1 von 100.000 Kindern im Alter von 0 bis 19 Jahren im häuslichen Umfeld, etwa durch Straßenverkehr (34 %), Ertrinken (13 %), Totschlag (6 %), Stürze (5 %) oder Verbrennungen (4 %). Im EU-Durchschnitt sterben nur 10,9 von 100.000

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 37 |

26. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spainen

Kindern an diesen Ursachen. Der Grund für diese hohe Zahl liege vor allem in einer mangelhaften Gesetzgebung und zu wenigen Kontrollen. Um die hohen Zahlen an tödlichen Unfällen im häuslichen Umfeld zu reduzieren, macht die EU-Studie konkrete Vorschläge.



So sollten Schlafanzüge aus feuerfesten Materialien hergestellt werden. Zudem wird die Verwendung von Sicherheitszündhölzern, die verpflichtende Installation von Rauchmeldern in Wohnungen oder die Installation von Heißwasserregulatoren zur Vermeidung von Verbrennungen angeregt. Außerdem sollen Schwimmbäder besser bewacht werden, sobald Kinder ins Wasser gehen. Nach Angaben der europäischen Allianz zur Kindersicherheit, der auch das spanische Gesundheitsministerium angehört, gehen durch die hohe Anzahl an tödlichen Unfällen mit Kindern etwa 66.000 Lebensjahre verloren.

>> Spanien beim Drogenkonsum an der EU-Spitze

Der jährliche Bericht der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogen-sucht (EMCDDA) mit Sitz in Lissabon führt Spanien an einer zweifelhaften Spitzenposition. Demnach belegt das Land beim Konsum von Cannabis und Kokain den ersten Platz. 20 Prozent der zwischen 15- und 34jährigen hätten dem Bericht zufolge in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert. Mehr als fünf Prozent der Spanier in derselben Altersgruppe hätten sogar Kokain zu sich genommen. Besonders hoch ist der Kokainkonsum bei Schülern zwischen 17 und 18 Jahren. Hier gaben elf Prozent an, im letzten Jahr die Droge konsumiert zu haben. Ein Grund für den vergleichsweise hohen Konsum ist dem Bericht zu Folge die Tatsache, dass Spanien



vielfach als Eingangstor des Kokains nach Europa fungiere. Der Bericht lobt jedoch die spanischen Drogenfahnder, die mit einer Menge von 48,4 Tonnen im vergangenen Jahr rund die Hälfte des in Europa sichergestellten Kokains konfisziert hätten.

>> Spanien und Portugal weit von den Vorgaben des Kyoto-Protokolls entfernt

Unter allen Industriestaaten hat Spanien den höchsten Zuwachs an CO₂-Emissionen im Zeitraum von 1990 bis 2005 zu verzeichnen. Dies geht aus einem neuen Bericht der „United Nations Framework Con-



vention on Climate Change“ (UNFCCC) mit Sitz in Bonn hervor. Spanien verursachte demzufolge in diesem Zeitraum einen CO₂-Mehrausstoß von 53,3 Prozent. Im Kyoto-Protokoll hatte sich das Land verpflichtet, die CO₂-Emissionen für den Zeitraum von 2008 bis 2012 im Vergleich zu 1990 nur um maximal 15 Prozent zu erhöhen. Das Land mit dem zweitgrößten Zuwachs an CO₂-Emissionen ist dem Bericht zufolge Portugal mit einem Prozentsatz von 48,2. In Kyoto hatte es sich hingegen auf einen Maximalzuwachs von 27 Prozent verpflichtet.

Der Generalsekretär des UNFCCC, Yvo de Boer, warnte angesichts dieser Zahlen eindringlich, es bestehe die Gefahr, dass der Wunsch nach Wirtschaftswachstum auf Kosten des Klimaschutzes zur gängigen Politik einzelner Länder werden könnte. Vor dem Hintergrund der neuen UNFCCC-Daten ist es fraglich, wie Spanien und Portugal die Vorgaben des Kyoto-Protokolls bis 2012 noch erfüllen wollen.

>> Barroso: „Aznar hat mich zum Irak-Krieg gedrängt“

In Interviews mit der portugiesischen Tagesszeitung „Diário de Notícias“ und dem Radiosender TSF hat der ehemalige portugiesische Ministerpräsident und amtierende EU-Kommissionspräsident José Manuel Durão



Barroso (PSD, Foto) die Außenpolitik des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar (PP) kritisiert. Laut Barroso habe man ihm während der Azoren-Konferenz vom März 2003, auf der auch das berühmte „Azoren-Foto“ mit Bush, Tony Blair, Aznar und Barroso entstanden war, bewusst mit falschen Informationen beliefert. Mittels dieser Informationen, wonach der Irak über Massenvernichtungswaffen verfügt habe, hätte man ihn und damit die portugiesische Regierung auf den Kriegskurs der USA, Großbritanniens und Spaniens bringen wol-

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 37 |

26. NOVEMBER 2007

www.kas.de/Spanien

len, um so die so genannte „Koalition der Willigen“ zu stärken. Der konservative Politiker bekräftigte, er sei persönlich von Anfang an gegen den Krieg gewesen, habe aber aus „freundschaftlichen Gründen“ der Koalition zugestimmt. Ganz besonders Spanien und Aznar hätten ihn und Portugal zur Befürwortung der militärischen Intervention im Irak gedrängt. Auch habe sich Barroso damals aufgrund der einvernehmlichen Stimmung in den USA und der vermeintlichen Beweislage sicher gefühlt, dass die militärischen Aktionen richtig seien. Kritik an den Äußerungen des EU-Kommissions-



präsidenten kam von der sozialistischen Partei Portugals. Deren außenpolitischer Sprecher José Lello (Foto) erklärte, das Eingeständnis Barrosos, im Irak

habe es keine Massenvernichtungswaffen gegeben, hätte schon viel früher kommen müssen.



Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Madrid
V.i.S.d.P: Michael Däumer
Redaktion: Michael Däumer/
Sebastian Grundberger/ Oliver
Krumme
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
28046 Madrid, Spanien
Tel: (+34) 91 579 61 86
Fax: (+34) 91 571 86 12
Email: info@fka-madrid.org
Web: www.kas.de/Spanien